

Die Erwachsenenbildung als "Integrationsbrücke"

- Ein Bundesmodellprojekt mit jugendlichen Migranten -

Es gibt wohl nur wenige Themen in unserer Gesellschaft, die so mit Emotionen behaftet sind und so kontrovers diskutiert werden wie das Thema Migration. Auf der einen Seite sind die Menschen erfreut über offene Grenzen und die damit verbundenen freien Entwicklungsmöglichkeiten und suchen den Kontakt zu anderen Nationen und deren Bevölkerung. Andererseits ist die Angst der Bürger in unserem Land evident, dass die Öffnung der Grenzen zu einem unbegrenzten Zuzug in unser Land führen könnte. Die in diesem Zusammenhang öffentlich diskutierte „multikulturelle Gesellschaft“ wird skeptisch bewertet und von vielen mit Blick auf die eigene Arbeitsplatzsituation eher als persönliche Bedrohung empfunden und insgesamt als Gefährdung der eigenen Kultur angesehen.

Während auf der politischen Ebene noch intensiv über die Richtigkeit und Notwendigkeit einer gesetzlichen Einwanderungsregelung diskutiert wird, wurden durch die große Zahl der bereits aufgenommenen Migranten landesweit unumkehrbare Fakten geschaffen. Daraus ergibt sich nicht nur für die Verantwortlichen in der Politik, sondern insbesondere auch für die Bildungseinrichtungen ein dringender Handlungsbedarf, wobei die Fragestellung nach einer wirkungsvollen beruflichen und sozialen und damit nachhaltigen Integration im Vordergrund der Bemühungen steht. Allerdings fehlen bei den Migranten in der Regel die erforderlichen Sprachkenntnisse und die erlernten Berufsqualifikationen sind nicht nachgefragt auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Deshalb ist diese Zielgruppe auf "externe" Hilfen angewiesen, wobei diese Hilfen nicht „maßgeschneidert von der Stange“ zur Verfügung gestellt werden können, sondern speziell für die jeweiligen Integrationsmaßnahmen entwickelt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund befasst sich der nachfolgende Beitrag mit den Rahmenbedingungen, Zielsetzungen und Ergebnissen der Bildungsarbeit der Ländlichen Erwachsenenbildung (LEB) mit Migranten am Beispiel einer durchgeführten Bildungsmaßnahme für diese Zielgruppe im Bezirk Oldenburg.

Die Rahmenbedingungen

Hauptgründe für den Einstieg der LEB in die Bildungsarbeit mit Migrantinnen und Migranten lagen und liegen zum einen in der gruppenbezogenen Arbeitsweise und der daraus resultierenden langjährigen Zusammenarbeit mit Vereinen wie den Deutsch-ausländischen Freundschaftsvereinen und zum anderen in der örtlichen Infrastruktur und kommunalen Anbindung der LEB. Dies war gewissermaßen der "Nährboden" für die Entwicklung der Maßnahmekonzeptionen zur sprachlichen, sozialen und beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten.

Als begünstigendes Element für die erforderlichen Qualifikationen der Migranten im "grünen Bereich" und für die angestrebten Tätigkeiten kamen zusätzlich die Kooperationen mit landwirtschaftlichen Institutionen wie z.B. der Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Rostrup und Dachorganisationen wie der Landwirtschaftskammer Weser-Ems hinzu. Ein ebenso wichtiger Faktor für die Realisierung der Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen für Migranten war die enge Zusammenarbeit mit dem zuständigen Arbeitsamt und mit den Sozialämtern der jeweiligen Kommunen. Mit der öffentlichen Förderung wurde die erforderliche finanzielle Grundlage - auch unter dem Aspekt der notwendigen EU-Komplementärfinanzierung - geschaffen.

Insgesamt konnten in dem Zeitraum von 1996 - 2001 ein Bundesmodellprojekt für jugendliche Migranten und fünf EU-Qualifizierungsprojekte für erwachsene Migranten sowie zwei kleinere Bildungsvorhaben für Migranten mit höherer Vorbildung realisiert werden. Während mit dem Bundesmodellprojekt für jugendliche Migranten neue Integrationswege auf örtlicher Ebene beschrritten wurden, war es das Ziel der niedersächsischen EU-Projekte, die Eingliederungschancen von Migranten mit gesichertem Aufenthaltsstatus in den Arbeitsmarkt zu verbessern und damit gleichzeitig ihre soziale Integration zu fördern.

Zielsetzung und Konzept

Beispiel: Bundesmodellprojekt „Sprachliche, berufliche und soziale Integration von jugendlichen Aussiedlern“

Im Rahmen des Programms der Bundesanstalt für Arbeit "Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik" konnten in dem Modellprojekt „Berufliche, sprachliche und soziale Integration von jugendlichen Aussiedlern in der Gemeinde Garrel“ in Trägerschaft der LEB für 19 Teilnehmer/innen in einer

zwölfmonatigen Maßnahme neue persönliche, soziale und berufliche Perspektiven geschaffen werden.

Dabei wurden drei „Hebel“ angesetzt, um den jugendlichen Aussiedlern den Zugang zur beruflichen Ausbildung und die **Einbindung in das kommunale** Leben zu ermöglichen. Nach einem intensiven sechswöchigen Deutschkurs und einem anschließenden begleitenden Sprachunterricht absolvierten die Teilnehmer/innen in je nach Berufswunsch ausgesuchten örtlichen Betrieben ein knapp einjähriges Praktikum. Ergänzt wurden die beruflichen Integrationsbemühungen durch Aktivitäten im örtlichen Sportverein. Als Vereinsmitglieder konnten die Jugendlichen an dem wöchentlichen Trainingsbetrieb entsprechend ihren sportlichen Wünschen teilnehmen. Dies war vor allem für die weiblichen Jugendlichen ein wichtiger Schritt. Daneben engagierten sich auch einige männliche Jugendliche in anderen Vereinen wie z.B. Jungschützen (Schützenverein) und Anglerverein.

Dieser **Integrationsansatz über die Vereine** hat dazu geführt, dass die jugendlichen Teilnehmer in der überschaubaren "Vereinswelt" schnell und dauerhaft zu den übrigen Vereinsmitgliedern Kontakt gefunden haben.

Weiterhin war für den Erfolg maßgeblich, dass der Handels- und Gewerbeverein und damit auch die **Betriebe in der Gemeinde** sich in vorbildlicher Weise am Projekt beteiligten. Sie stellten **Praktikumsplätze** mit einer anschließenden **Ausbildungsmöglichkeit** zur Verfügung. Dadurch war es für die Mehrzahl der Jugendlichen möglich, nach Abschluss der Maßnahme in den Betrieben zu bleiben und dort eine Ausbildung zu beginnen. Einige Teilnehmer konnten dazu motiviert werden, im Anschluss an das Modellprojekt weitergehende Schulen zu besuchen.

Nach Auffassung aller Beteiligten erklärt sich der außerordentliche Erfolg dieses Bundesmodellprojektes daraus, dass vorhandene örtliche Strukturen und hier vor allem die Integrationspotenziale des örtlichen Sportvereins sehr intensiv für die Integration genutzt werden konnten. Vor der angestrebten und dauerhaften Eingliederung in den Sportverein waren allerdings „Annäherungsversuche“ und „Einstiegshilfen“ erforderlich. So wurde mit den männlichen Jugendlichen zunächst eine Projektfußballmannschaft gebildet, die an einem örtlichen Kleinfeldturnier des Sportvereins teilnahm.

Erst im Verlauf des Turniers wurden die jugendlichen Migranten von den diversen Vereinsbetreuern angesprochen und je nach Leistungsvermögen für die einzelnen Vereinsmannschaften geworben bzw. „verpflichtet“. Dies zeigt sehr deutlich, dass die Integrationsarbeit in der Erwachsenenbil-

dung durch Bildungsmaßnahmen dann besonders erfolgreich sein kann, wenn diese auf örtlicher Ebene durch die Ortsvereine sowie durch die Kommunen und nicht zuletzt durch die Betriebe vorbehaltlos unterstützt wird. Fehlt diese Unterstützung, erfolgt die Bildungsarbeit häufig isoliert und führt in der Regel nicht zu der gewünschten nachhaltigen Integration.

Ergebnisse

Das Beispiel zeigt, dass im Zusammenhang mit der gewünschten Integration der Migranten nicht allein die Qualifizierungsmaßnahmen gesehen werden dürfen, sondern die LEB insgesamt als Erwachsenenbildungseinrichtung gefordert ist, das „heimische Umfeld“ positiv auf die Integration „einzustimmen“.

Da die LEB insbesondere durch ihre ehrenamtliche Struktur sehr stark vor Ort verankert ist, kann sie durch ergänzende Bildungsarbeit mit den örtlichen Vereinen und Gruppen ein günstiges gesellschaftliches „Klima“ für die notwendige Integration von Migranten schaffen.

Abschließend kann festgestellt werden, dass der Erwachsenenbildung schon jetzt grundsätzlich eine sehr große Bedeutung im Blick auf die notwendige Integrationsarbeit zukommt. Sie hat sich gewissermaßen zu einer "Vermittlungsinstanz" zwischen den Migranten und der einheimischen Bevölkerung entwickelt. Damit erfüllt sie eine unverzichtbare "Brückenfunktion" zwischen den verschiedenen Sprachen und Kulturen und nicht zuletzt für den so wichtigen Einstieg in das Berufsleben.

Angesichts der auch in Zukunft zu erwartenden Zuwanderung - insbesondere aus Osteuropa - wird die Erwachsenenbildung in Zukunft noch stärker in der Integrationsarbeit gefordert sein. Die LEB ist dazu bereit und verfügt über die notwendige Kompetenz, auch weitergehende Vorhaben zu initiieren.

Integration durch Weiterbildung im Strafvollzug

Drei Beispiele aus der Bildungsarbeit der Ländlichen Erwachsenenbildung

Eine Gesellschaft, in der die Befriedigung materieller Bedürfnisse als oberstes anzustrebendes Ziel zu gelten scheint, in der sozialer Status über den Besitz zugewiesen wird und in der der Einsatz des Ellenbogens als legitimes Mittel zur Vorteilsbeschaffung angesehen wird, geraten gerade wenig gefestigte Kinder und Jugendliche „auf die schiefe Bahn“. Gewaltverherrlichung in den Medien, „Markenwahn und Partylaune“ und nicht zuletzt der Bildungsstand sind wichtige Faktoren zur Erklärung der steigenden Jugendkriminalität.

Mehr als zwei Drittel aller Insassen im Jugendvollzug sind männlich und verfügen nicht über einen Schulabschluss! Weniger als fünf Prozent haben eine Berufsausbildung abgeschlossen!

Nun können und wollen wir nichts an der Geschlechtszugehörigkeit von Straftätern ändern, wohl aber an ihrem Bildungsstand. Denn eins ist klar: jeder Insasse einer Justizvollzugsanstalt wird, jedenfalls in den meisten Fällen, früher oder später wieder ein freier Mann sein. Wollen wir ihm (und uns) ein Leben ohne Straftaten ermöglichen, so setzt die Wiedereingliederung in die Gesellschaft zwangsläufig bei der Anhebung des Bildungsniveaus an, als so genannte „Sekundärprävention“.

Der Zusammenhang zwischen geringem Bildungsgrad und kriminellen Verhalten macht auch deutlich, dass die „klassische Erwachsenenbildung“ im Sinne der demokratischen Forderung nach politischer Gleichberechtigung, freier Entfaltung der Persönlichkeit und gleichem Zugang zum kulturellen Leben hier zumindest der Ergänzung durch den Begriff „Erziehung“ bedarf. Denn komplementäre Erwachsenenbildung im Sinne lebenslangen Lernens, also „Weiterbildung“ setzt ja eine grundlegende Bildung in Kindheit und Jugend voraus, die in diesen Fällen weitgehend fehlt.

Vor diesem Hintergrund führt die Ländliche Erwachsenenbildung (LEB) seit nunmehr über vierzig Jahren die verschiedensten Bildungsmaßnahmen an bisher insgesamt sieben Justizvollzugsanstalten in Niedersachsen durch, mit den aktuellen Schwerpunkten in den Jugendanstalten (JA) Hameln-Tündern und Göttingen-Leineberg . Drei Beispiele werden beschrieben.

Beispiel 1 :

„Innovative Berufs- und Ausbildungsaktionen für Straffällige“ - Ein dreijähriges EU-Pilotprojekt in niedersächsischen Strafanstalten -

Junge Straffällige in Niedersachsen, die mit den herkömmlichen Bildungsmaßnahmen nicht zu erreichen sind bzw. aus formalen Gründen nicht an ihnen teilnehmen können, sollten durch niedrigschwellige Angebote und über eine individuell ausgerichtete Förderung stabilisiert werden, es sollte bei ihnen Interesse an Arbeit und Ausbildung geweckt werden und sie sollten durch die Vermittlung von theoretischen und praktischen Kenntnissen sowie von Arbeitstugenden zur Arbeits- und Berufsreife geführt werden.

Das Projekt wollte „jungen Inhaftierten mit innovativen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten eine berufliche Orientierung ermöglichen und berufliche Kenntnisse vermitteln“. Aber auch die Gewöhnung an regelmäßiges Arbeiten und die Vermittlung von wichtigen sozialen Fähigkeiten (extra-funktionalen Qualifikationen) wie Disziplin, Ausdauer, Pünktlichkeit etc., die für die

Bewältigung von Berufsarbeit notwendig sind, waren Bestandteile des Pilotprojekts und sollten die Chancen dieser Problemgruppe auf dem Arbeitsmarkt erhöhen.

Insgesamt umfasste dieses Projekt folgende Lerninhalte, Tätigkeiten und (Teil-)Qualifikationen:

- Allgemeinbildender Unterricht
- Fachtheorie und Praxis Holz
- Fachtheorie und Praxis Metall
- Fachtheorie und Praxis Gartenbau
- Einführung in die EDV
- Einführung CAD-Zeichnen
- Erste-Hilfe-Ausbildung
- Textilkunde
- Floristik Kurs
- Service Kurs
- Kennenlernen verschiedener Berufsbilder
- Kochen
- Bewerbungstraining
- Forstpraktische Tätigkeiten
- Kreatives Gestalten (Farbgestaltung, Kleidung, Bilder, Drucktechniken, Film- und Videotechnik).

Die Ergebnisse dieses Pilotprojektes - festgehalten in einer wissenschaftliche Begleitstudie des Instituts für Sozialwissenschaften der TU Braunschweig - bestätigen, dass es mit dieser Maßnahme in hohem Maße gelang, die insgesamt 844 Teilnehmenden zu Arbeit und Ausbildung zu motivieren und sich für die weit überwiegende Zahl konkrete berufliche Perspektiven entwickelten.

Beispiel 2 : Integration delinquenter Aussiedler

Der Anteil der Aussiedler an der Gesamtbelegung der JA Hameln hat in den vergangenen Jahren drastisch zugenommen und beträgt zur Zeit über 17% – mit steigender Tendenz.

Aus diesem Grunde hat die LEB in Kooperation mit der JA Hameln und gefördert durch Mittel der Europäischen Union eine neue Maßnahme ins Leben gerufen, die in ihrer konzeptionellen Ausgestaltung neue Wege beschreitet und beispielhaft über den regionalen Rahmen hinaus ist:

Aussiedlermaßnahme mit kombinierter Integrationsarbeit in der JA Hameln

Die Integration von Aussiedlern (überwiegend aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion), insbesondere in die Arbeitsgesellschaft durch schulische und berufliche Bildungsangebote, hat sich in den vergangenen Jahren als sehr problematisch erwiesen. Ganz besonders betroffen sind Jugendliche, die – herausgerissen aus ihrem sozialen Umfeld und den ihnen bisher bekannten (Bildungs-)Strukturen – ohne deutsche Sprachkenntnisse in die Bundesrepublik kommen. Viele von ihnen landen – ggf. nach einem Zwischenspiel im allgemeinbildenden Schulwesen – unvorbereitet in berufsbildenden Maßnahmen.

Die Erfahrung zeigt, dass diese Jugendlichen bewusst Russisch sprechen und kaum motiviert sind, die deutsche Sprache zu erlernen. Sie leben in Cliques, grenzen sich ab, um einen Rest kultureller

Identität zu bewahren und daraus Verhaltenssicherheit zu gewinnen. Viele von ihnen sind innerhalb kürzester Zeit massiv auffällig geworden: Drogenhandel, Drogenmissbrauch, Eigentumsdelikte, Raub, Körperverletzung und Tötungsdelikte.

Aufgrund der mangelhaften Deutschkenntnisse sind die meisten Aussiedler ungeeignet für die Teilnahme an Schulabschlusskursen oder berufsqualifizierenden Bildungsmaßnahmen in der Anstalt bzw. nach der Entlassung.

Bei fast allen inhaftierten Aussiedlern wird die geringe Bereitschaft bzw. das Unvermögen zu konsequenter Integration deutlich: Von Anfang an war es für viele problematisch, sich in der neuen „Heimat“ zurechtzufinden. Die meisten Aussiedlerkinder kennen die Lebensgewohnheiten und Verhältnisse in Deutschland nur unzulänglich und wissen mit vielen Begrifflichkeiten nichts anzufangen. In der Regel wurde und wird nur Russisch gesprochen. Sie fühlen sich als Russen und grenzen sich gegenüber den anderen Insassen ab. Innerhalb ihrer Gruppierung ist eine repressive Binnenhierarchie mit hoher Gewaltbereitschaft und extremer subkultureller Normgebundenheit anzutreffen. Andererseits werden hiesige allgemeingültige gesellschaftliche und rechtsstaatliche Grundsätze weitgehend nicht akzeptiert. In der JA drückt sich das darin aus, dass Regeln des Vollzuges nicht anerkannt werden.

Die inhaltliche Gliederung der Maßnahme sieht die folgenden Schwerpunkte vor:

1. Vorbereitung auf eine schulisch-berufliche Integration, vor allem mit dem Ziel der Verbesserung bzw. des Erwerbs deutscher Sprachkenntnisse.
2. Sozial-integratives Lernen mit dem Ziel der Bewusstmachung der problematischen Einstellungen der Teilnehmer und des Einübens angemessener Verhaltensweisen in ausgewählten Alltagssituationen.
3. Kooperationsgruppen / Kreatives Gestalten, bei dem nicht die Herstellung einzelner Werkstücke, sondern der gemeinsame Arbeitsprozess im Vordergrund steht.

Ohne eine fundierte schulisch-berufliche Ausbildung und ohne Abkehr von dissozialen Einstellungen und Verhaltensweisen wird die Integration dauerhaft erfolglos bleiben; weitere Straftaten und erneute Inhaftierung sind vorprogrammiert.

Um den Teilnehmern bei ihren Integrationsbemühungen zu helfen, stehen folgende Ziele im Vordergrund der Maßnahme:

- Umfassender Erwerb der deutschen Sprache in Wort und Schrift als unumgängliche Voraussetzung für eine Eingliederung.
- Mehr Kenntnis und Verständnis der spezifischen Lebensverhältnisse in Deutschland. Nur wer die neuen Verhältnisse wirklich kennt und sie akzeptiert, hat auch eine Chance zur Integration.
- Das (Wieder-) Erlernen von sozial akzeptierten, nicht abweichenden bzw. nicht kriminellen Verhaltensweisen in Situationen des Alltags.
- Vorbereitung auf die Teilnahme an Schulabschlusskursen oder berufsqualifizierenden Maßnahmen.

Weitere übergeordnete Ziele der Maßnahme sind:

- Die Einbindung der jungen Aussiedler in einen geregelten, klar strukturierten Tagesablauf, der keinen Freiraum für eine subkulturelle Orientierung lässt.
- Die Vermittlung und das Einüben von sog. Sekundärtugenden wie z. B. Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Ordnung und Sauberkeit am Arbeitsplatz usw.

- Durch den Einsatz spezifischer didaktisch-methodischer Techniken soll die Arbeitsmotivation der weitgehend lernunwilligen Insassen geweckt bzw. entwickelt werden.
- Ein großes Problem der Integration ist darin zu sehen, dass die jungen Aussiedler unter sich nur Russisch sprechen und sich der deutschen Sprache nur bedienen, wenn es unbedingt erforderlich ist. Ein weiteres Ziel der Maßnahme muss daher die strikte Anwendung der deutschen Sprache in **allen** Bereichen des Unterrichtsgeschehens sein.

Ergebnisse und Bewertung

Es hat sich gezeigt, dass die Maßnahme sinnvoll und dringend notwendig ist. Dafür sprechen folgende Ergebnisse:

- Ein Großteil der Kursabsolventen konnte sich für Schulkurse in der Anstalt qualifizieren. Die Teilnehmer, die bereits im Juni 2001 die Integrationsmaßnahme beendet hatten, sind inzwischen im Besitz eines Abschlusszeugnisses.
- Eine nicht unerhebliche Anzahl von jungen Aussiedlern wurde in berufliche Bildungsmaßnahmen aufgenommen.
- Einige Kursteilnehmer, bei denen immer noch unzureichende Deutschkenntnisse zu verzeichnen sind, wurden in einen Sprachkurs vermittelt, der in der Anstalt für mitarbeitersbereite Aussiedler eingerichtet wurde und ebenfalls von der LEB angeboten wird.
- Weitere Absolventen mit massiver Drogenproblematik wurden zur anstaltsinternen bzw. externen Suchttherapie zugelassen.

Unter Berücksichtigung der von allen beteiligten Lehrkräften gemachten Erfahrungen ergeben sich in der Bewertung des Projektes folgende Aspekte:

- Die Konzeption der Maßnahme hat sich in ihren Grundgedanken als richtig erwiesen.
- Eine (Wieder-) Einbindung der Personen der Zielgruppe in schulisch-berufliche Bildungsmaßnahmen wäre ohne den Integrationskurs kaum möglich gewesen. Häufig einzige Alternative: Beschäftigungslosigkeit oder Einsatz für Helfertätigkeiten.
- Eine sprachliche Weiterentwicklung – in Wort und Schrift – sowie positive Verhaltensänderungen sind bei allen Teilnehmern, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, zu verzeichnen.
- Lernmotivation war bei den meisten anfangs kaum vorhanden – bei fast allen ist eine günstige Entwicklung zu beobachten.
- Die bewusste Konfrontation der Teilnehmer mit ihren eigenen Einstellungen und Umfangsformen führte – in unterschiedlicher Ausprägung – zu sozial akzeptableren Denk- und Verhaltensmustern.
- Die Teilnehmer erlernten (die meisten erstmals seit ihrem Aufenthalt in der Bundesrepublik) einen geregelten Tagesablauf (kontinuierliche, regelmäßige Arbeitsverpflichtung, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit usw.).
- Es wurden Anstöße für eine sinnvolle Freizeitgestaltung gegeben.

Die Lehrkräfte haben die Probleme der Teilnehmer – insbesondere der jungen Aussiedler – umfassender erkennen können sowie Informationen über die subkulturelle Verstrickung dieser Personengruppe gesammelt und ausgetauscht, um daraus Rückschlüsse für die Kursarbeit zu ziehen. Zielsetzung und Zielgruppenbeschreibung machen deutlich, dass gerade in diesem Falle ganz besondere Anforderungen an die Mitarbeiter gestellt werden.

Wenn der Diplom-Psychologe Dr. Manfred Otto, Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt Bremen-Blockland, in einem Artikel über die Arbeit mit „nicht mitarbeitersbereiten Gefangenen“ die

Leistungen der LEB in der JA Hameln im Vergleich mit anderen externen Bildungsträgern in anderen Anstalten („zufällig ausgewähltes Bildungspersonal ohne adäquate Qualifikation und berufliche Perspektive, unterbezahlt und überfordert“) positiv hervorhebt, so unterstreicht dies eindrucksvoll den Stellenwert dieser Arbeit.

Beispiel 3 :

Das ProCa (Das Programm-Cafe)

Wie vielfältig die Bildungsarbeit in den niedersächsischen Vollzugsanstalten sein kann und muss, macht die folgende Darstellung eines ganz außergewöhnlichen Projektes in der JA Göttingen-Leineberg deutlich:

Zwei wesentliche Aufgaben des Jugendvollzuges bestehen in der Integration der jungen Insassen in den ersten Arbeitsmarkt und im Ausgleich von Defiziten im Bereich des sozialen Verhaltens. Die Einrichtung des ProCa basierte genau auf diesen beiden Zielvorstellungen. Es bietet mehrere Möglichkeiten, den Jugendlichen sowohl in beruflicher als auch in verhaltensorientierter Hinsicht neue Chancen zu bieten, zumal auch laut Prognose des Arbeitsamtes der Gastronomiebereich zunehmend Arbeitskräfte benötigen wird.

So beinhaltet das ProCa in Verbindung mit einer Großküche **eine berufsvorbereitende Gastronomieausbildung** und dient als praktisches Übungsfeld und Anlernbetrieb mit den Bereichen Ein- und Verkauf, Zubereitung von Speisen und Service. Darüber hinaus stellt das ProCa auch Räumlichkeiten für externe Gruppen, Firmen, Vereine usw. zur Durchführung von **Seminaren und Fortbildungen** zur Verfügung. Dazu gehört selbstverständlich das Angebot von Speisen und Getränken. Schließlich bietet das ProCa auch **Serviceleistungen nach draußen** an, d.h. es werden externe Personen und Gruppen mit z.B. einem Buffet beliefert und, einschließlich der dazugehörigen Service- Leistungen.

Die Jugendlichen erlernen hier also nicht nur gastronomiespezifische Fähigkeiten und Fertigkeiten, sondern üben sich auch im positiven sozialen Umgang.

Neben der Ausbildungsstätte erfüllt das ProCa auch eine Funktion als soziale Kontaktstelle und Kommunikationszentrum für alle jungen Gefangenen, Mitarbeiter der JA und insbesondere auch für externe Besucher, die in einer Beziehung zur Jugendanstalt stehen oder in die thematische Arbeit eingebunden sind. Wie für die jugendlichen Auszubildenden bietet das ProCa für alle anderen Gefangenen einen guten Rahmen, sich im Sozialverhalten üben zu können. Somit ist es möglich, Fähigkeiten, Fertigkeiten und Interessen zu wecken bzw. zu fördern, die ansonsten bei den Jugendlichen vielleicht nicht zutage kommen würden.

Für die Mitarbeiter der Jugendanstalt bietet das ProCa in diesem Zusammenhang eine andere Zugangsmöglichkeit zu den Jugendlichen. Während es in den Abteilungen vornehmlich um die Gestaltung eines geregelten Tagesablaufes geht, können sie die Jugendlichen hier in anderen Bereichen des Sozialverhaltens kennen lernen.

Durch die vielfältigen Angebote des ProCa für externe Personen und Gruppen findet eine zunehmende Öffnung der Jugendanstalt nach draußen statt. Somit erhält die Öffentlichkeit eine gute Möglichkeit, sich mit straffälligen Jugendlichen und mit Themen der Justiz und des Vollzugs auseinanderzusetzen und sich durch praktisches Erleben ein Bild davon zu machen.

Nachsatz

Nun wird sich so mancher fragen: „Macht das alles überhaupt Sinn? Werden nicht sowieso die meisten Straftäter wieder rückfällig? Wird hier nicht unnütz Geld verplempert?“ Und der eine oder andere Zeitgenosse hat dann Vorschläge wie zum Beispiel: „Zuschließen und den Schlüssel wegwerfen“ oder „Ein paar hinter die Ohren hat noch keinem geschadet“.

Abgesehen davon, dass sich pädagogisches Handeln nicht daran orientieren kann möglichst wenig zu schaden, sondern vielmehr daran möglichst viel zu nützen, und abgesehen davon, dass es sich bei vielen Tätern eben auch um Opfer handelt, muss gesagt werden:

Es macht durchaus Sinn, dass sich ein demokratischer Staat auch um seine ungeliebten Randgruppen kümmert.

Es macht Sinn, denn jeder resozialisierte Straftäter ist ein Straftäter weniger!

Es macht Sinn, denn jeder resozialisierte Straftäter ist ein (zumindest potentieller) Steuerzahler mehr.

Es macht Sinn, denn jeder resozialisierte und ausgebildete ehemalige Straftäter ist ein möglicher Sozialhilfeempfänger weniger.

Die Statistik zeigt, dass Ausbildungsmaßnahmen im Strafvollzug einen positiven Einfluss auf die Legalbewährung haben. Insbesondere jüngeren Strafentlassenen, die eine berufliche Ausbildung im Vollzug abgeschlossen haben, werden die größten Chancen auf einen Bewährungserfolg zugeschrieben.

Integrationshilfen für zugewanderte Mitbürger zur Überwindung von Arbeitslosigkeit

Ein Projekt der Kreisarbeitsgemeinschaft von ARBEIT UND LEBEN in Osterholz

Seit 1997 ist die örtliche Kreisarbeitsgemeinschaft ARBEIT UND LEBEN im Landkreis Osterholz Träger eines Projektes zur Integration zugewanderter Mitbürger zur Überwindung von Arbeitslosigkeit in der Kreisstadt Osterholz-Scharmbeck. Durch die Zunahme der Zuwanderung von AussiedlerInnen und AusländerInnen in die Stadt Osterholz-Scharmbeck traten verstärkt Fragen und Problemstellungen im Zusammenhang mit der Integration der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf. Zu den Aufgaben des Projektes gehört die Überwindung und der Abbau von Sprachbarrieren durch flankierende Bildungsangebote ebenso wie die Vermittlung von Kenntnissen zu aufenthaltsrechtlichen, arbeitsrechtlichen und anderen gesetzlichen Regelungen sowie deren kritische Würdigung. Das schon 1992 von der verantwortlichen Mitarbeiterin Marianne Brase-Müller entworfene Projekt, das über die Bezirksregierung Lüneburg durch Mittel aus dem Landesprogramm „Förderung von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen (FAS)“ und Zuschüssen der Stadt Osterholz-Scharmbeck gefördert wird, wurde zunächst von einem anderen Träger, der nicht im Bildungsbereich tätig war, getragen. 1997 wechselte die Trägerschaft zur örtlichen Kreisarbeitsgemeinschaft Osterholz, was sich in der Verbindung zwischen Projekt und örtlichem Bildungsträger als ideale Konstellation erwiesen hat.

Die Beratungs- und Betreuungsangebote erfolgen im Rahmen der „Hilfe zur Selbsthilfe“ mit den Aufgabenschwerpunkten, durch gezielte Beratung, Begleitung und Betreuung vornehmlich zugewanderter AusländerInnen und SpätaussiedlerInnen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Um den Konflikten, Wünschen und Interessen der Menschen in den benachteiligten Quartieren der Kreisstadt gerecht zu werden, wird die Beratung auch dezentral angeboten. Hierbei spielt die Beteiligung der Bewohner eine wichtige Rolle.

Nachdem die Stadt Osterholz-Scharmbeck mit ihren Wohnquartieren Mozartstraße und Droselstraße erstmals in das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt 2002“ aufgenommen wurde, engagiert sich ARBEIT UND LEBEN auch in diesem Bereich und initiierte in diesem Zusammenhang z. B. das Anwohner-treffen Mozartstraße. Durch diese Aktivitäten konnten erste Beteiligungsprozesse zur Thematik der Wohnumfeldverbesserung in Gang gesetzt werden.

Als Ergänzung zu den Beratungsangeboten organisiert ARBEIT UND LEBEN nicht nur in der Region Osterholz Deutschkurse, in denen gezielt auf die Bedürfnisse der zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger eingegangen wird. Die Nachfragen in den letzten Jahren sind stetig gestiegen und beweisen, dass diese Angebote auch nach dem Nds. Erwachsenenbildungsgesetz sinnvoll und für die Zukunft notwendig sind.

Marianne Brase-Müller, Bernd Bischoff, ARBEIT UND LEBEN Oldenburg

Heinz-Wilhelm Schnieders

Wohnungslos: Ein zu verändernder Zustand

Heinz-Wilhelm Schnieders berichtet über Bildungsveranstaltungen mit wohnungslosen Menschen. Er beschreibt, weshalb sie zu den Zielgruppen einer Institution gehören, die sich der politischen Bildung verpflichtet hat. Deutlich werden Differenzierungen in der Wahrnehmung eines sozialen Zustands, in den sehr unterschiedliche Menschen geraten können. Der Beitrag lässt erkennen, welche Möglichkeiten sich für politische Bildung in der Kooperation mit Organisationen der Sozialarbeit ergeben und welche Perspektiven sie den hier angesprochenen wohnungslosen Menschen eröffnen.

Zur Einstimmung

In einer kleinen Raststätte an der Bundesstraße kehre ich auf einer Dienstreise zum morgendlichen Frühstück ein. Ein junger Mann tritt an den Tresen, bestellt fünf Brötchen zum Mitnehmen. Die Stimme kommt mir bekannt vor, ich drehe mich um: "So eine Überraschung, Du hier?", höre ich, und dann fällt mir ein, dass ich diesen Menschen in einem der Seminare für Wohnungslose des *Europahauses Aurich* kennen gelernt habe. "Das war damals eine tolle Veranstaltung, die hat mir richtig weitergeholfen", sprudelt es aus *Peter K.* heraus. Ich lade ihn zum Kaffee ein und höre seine Geschichte. "Ich bin seit einem Jahr verheiratet, wohne jetzt hier im Ort. Meine letzte Arbeit habe ich zwar gerade verloren, aber schon Aussicht auf einen neuen Job."

Szenenwechsel:

Ich suche mit einem unserer Kooperationspartner das städtische Kulturamt in Aurich auf, um eine gemeinsame Veranstaltung vorzubereiten. Auf dem Weg dorthin passieren wir den Tagesaufenthalt für Wohnungslose, vor dessen Tür sich eine kleine Traube von Menschen gebildet hat. Sie stehen im Kreis, reden miteinander und trinken das obligatorische Dosenbier. Da plötzlich ertönt laut eine Stimme aus der Menge: "Hallo, Heinz-Wilhelm, wie geht es Dir?" Ich wende mich erstaunt dem Rufer zu, der mich aufklärt: "Vor drei Jahren habe ich bei euch ein Seminar für Wohnungslose mitgemacht, aber Du siehst, ich lebe immer noch auf der Straße, und es geht mir dabei nicht schlecht." Ich erkenne *Herbert W.*, und ein wenig betroffen erkläre ich meinem Partner die Situation. Er lächelt zwar verständnisvoll, fragt aber doch wenig später nach: "Warum verschwendet ihr eigentlich eure Zeit mit solchen Leuten?" Später erfahre ich von einem Sozialarbeiter, dass Herr W.s Tumor, der ihn aus der Bahn geworfen hat, schlimmere Auswirkungen zeigt als je zuvor.

Wohnungslosigkeit

Diese zwei unterschiedlichen Situationen verdeutlichen die unterschiedlichen Wirkungen, die Seminarveranstaltungen für Wohnungslose haben können. Seit zehn Jahren veranstaltet das *Europahaus Aurich* jährlich einwöchige Seminare für diese Zielgruppe. Daran nehmen die Betroffenen selbst, also Wohnungslose, teil, außerdem einige Betreuer und Menschen, die sich in der Arbeit für Wohnungslose engagieren, sei es in Beratungs- oder Anlaufstellen für Wohnungslose, als Werkstattleiter oder -mitarbeiter in Projekten der "Hilfe zur Arbeit", als ehrenamtliche Helfer in Wohlfahrtsorganisationen. Über diese Betreuungskreise werden auch die Teilnehmenden durch direkte Ansprache geworben. Es sind in der überwiegenden Mehrzahl Männer, auch wenn Frauen von der Problematik durchaus betroffen sind und vereinzelt auch teilnehmen. Der Anteil der Frauen an der Gesamtheit der Wohnungslosen liegt übrigens bei ca. 20 %.

Dabei ist die Definition der Sachlage Wohnungslosigkeit nicht nur sprachlich, sondern auch juristisch und sozialpolitisch nicht eindeutig. Nach einer Definition der *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.* ist wohnungslos, wer nicht über einen durch Mietvertrag abgesicherten Wohnraum verfügt. Dabei gelten nicht nur Menschen, die ohne jegliche Unterkunft sind, als von Wohnungslosigkeit betroffen, sondern auch solche, die in Notunterkünften leben, durch eine Ordnungsbehörde in eine Wohnung eingewiesen wurden oder vorübergehend in einem Provisorium (z. B. Frauenhaus, bei Bekannten, Freunden oder Verwandten) wohnen. Die Zahl der Betroffenen

schwankt stark, hat auch in den letzten Jahren bis etwa 2000 kontinuierlich abgenommen, steigt aktuell aber wieder leicht an. Augenblickliche Schätzungen gehen von ca. 500.000 Wohnungslosen aus, von denen etwa 5 %, also ca. 25.000 Menschen völlig ohne Wohnung auf der Straße leben.

Wohnungslos - Beschreibung eines Zustandes und gleichzeitige Diskriminierung

Diese Relationen zu kennen ist wichtig für die Konzeption von Seminarveranstaltungen für die Betroffenen. Denn nach dieser Definition bleibt zunächst wohnungslos, wer von der Straße in eine Übergangswohnung zieht, also zunächst "sesshaft" wird, um sich eine neue Existenz aufzubauen.

"Wohnungslosigkeit", "Obdachlosigkeit", "Nichtsesshaftigkeit" sind Begriffe, die alle den Zustand darstellen, über keine feste Unterkunft zu verfügen, und die dennoch unterschiedliche Konsequenzen haben. Während der Begriff der Nichtsesshaftigkeit sich aus dem Vokabular des "Dritten Reiches" in die Gegenwart hinübergerettet hat und den im Lande umherziehenden Menschen meint, ist der Obdachlose zwar sesshaft, hat aber keinen Wohnraum.

In der Vergangenheit führten diese Unterschiede zu unterschiedlichen Konsequenzen für die betroffenen Personengruppen. Die Kommunen konnten Personen, die nicht im Ort gemeldet waren, durch Ordnungsmaßnahmen vertreiben. Zwar beschreibt § 72 des Bundessozialhilfegesetzes die notwendigen Hilfemöglichkeiten, diese konnten jedoch durch unterschiedliche, als Sicherheitsmaßnahmen definierte Aktionen von den Behörden unterlaufen werden.

Seit etwa einem Jahr ist eine neue Durchführungsverordnung in Kraft, die diese formalen Hindernisse überwinden soll. Sie geht von einer einheitlichen Definition des Personenkreises "mit besonderen Schwierigkeiten" aus, zu denen eben auch die Wohnungslosigkeit zählt. Ziel der Maßnahmen soll die Überwindung der Probleme und nicht deren geographische Verlagerung werden. Damit ist auch bundeseinheitlich ein Wille zur Veränderung der bisherigen für die Betroffenen nachteiligen Praxis politisch umgesetzt worden.

Wohnungslose als Ziel von Bildungsbemühungen?

Gemeinhin haben Einrichtungen wie das *Europahaus Aurich* in ihrem Leitbild den Anspruch verankert, Bildungsarbeit auch für Menschen zu entwickeln und anzubieten, denen auf Grund ihrer Situation der Zugang zu Bildungsprozessen erschwert oder gar verwehrt ist. Benachteiligungen jedweder Art werden so zu einem Kriterium von Angeboten und Anstrengungen. Daher lag es auch nahe, Wohnungslosen ein Bildungsangebot zu unterbreiten. Die Idee dazu wurde vor etwa zwölf Jahren zum ersten Mal entwickelt. Zunächst galt es allerdings, Offenheit dafür in der eigenen Einrichtung herzustellen. Fragen wie "was muten wir dabei uns selbst und unseren anderen Gästen zu?" wurden gestellt. "Wie behandeln solche Teilnehmer unser Mobiliar?" oder "kann man mit solchen Leuten überhaupt sinnvoll Bildungsprozesse betreiben?", "und was ist mit dem Alkoholproblem?" hörte man aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen. In Gesprächen mit verschiedenen Betreuungs- und Beratungspersonen dieser Zielgruppe konnte erreicht werden, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung sich insgesamt auf den Prozess der Bildungsarbeit mit dieser Zielgruppe einließen, wenn sie auch nicht unbedingt die Aktivitäten voll bejahten. Es dauerte fast ein Jahr, bis das erste Seminar inhaltlich vorbereitet und methodisch mit den Bereichen Hauswirtschaft und Verwaltung so abgestimmt war, dass alle eventuellen, auch unkonventionellen Verhaltensweisen durchgespielt waren.

Heute, im Rückblick, muss man sagen, dass dieser Prozess für die Einrichtung von großem Nutzen war. Alle beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten sich auf die Zielgruppe einstellen, sich mit der Thematik selbst auseinandersetzen, sich einfühlen in die Problematik, sich mit unterschiedlichen Facetten der Teilnehmerbegegnung befassen und sich vorbereiten. Für die erste wie für alle nachfolgenden Veranstaltungen aber kann gesagt werden, dass die vorherigen Befürchtungen an keiner Stelle eingetreten sind. Im Gegenteil, jetzt gehören die Veranstaltungen zum Standardprogramm, und das nicht nur wegen der Verwirklichung unseres Leitbildes. Die Bemühungen des Personals um das Wohlergehen der Zielgruppe werden positiv beantwortet. Die Teilnehmenden zeigen durchweg, dass sie sich wohl fühlen, und sie spiegeln den Prozess der Veranstaltung überzeugend zurück. Anstelle sonst erlebter Ausgrenzung erfahren sie in einer kurzen Zeitspanne Momente der Integration, zu denen Bildungsstätten mit Internatsbetrieb hervorragende Voraussetzungen bieten. Die Menschen spüren, mit ihren Anliegen, Problemen und Fragen ernst genommen zu werden.

Teilnehmerkreis und Kooperationspartner

Der Teilnehmerkreis ist vielfältig und spiegelt die unterschiedlichsten Ursachen wider, die zur Wohnungslosigkeit geführt haben. Da sitzt der durch Drogenkonsum auf die Straße geratene Abiturient neben dem Handwerksmeister, der durch Konkurs Vermögen und Familie verlor und sich über den Alkohol den Problemen entzog, der hoch verschuldete Spielsüchtige, der auf die Straße floh, sitzt neben dem arbeitslosen Maurer, dessen örtliche Mobilität schleichend, aber stetig in die Wohnungslosigkeit führte. Allen ist gemeinsam, dass sie jahrelang quer durch Deutschland und Europa geirrt sind, "Platte machten", wie es in ihrem Jargon heißt. Alle sind irgendwann an eine Beratungs- oder Auffangstelle geraten, die ihnen Hilfe bei der Bewältigung ihrer Probleme zusagte und über die sie zu einer Übergangswohnung kamen und in eine Arbeitsmaßnahme aufgenommen werden konnten.

Ein erster Einstieg in eine Lebensperspektive ist damit genommen, der allerdings von unterschiedlichen "Eingewöhnungszeiten" geprägt ist. So gibt es Menschen, die zu Beginn des Seminars nur wenige Wochen bis Monate in einem Ort sesshaft geworden sind, andere wiederum, die schon ein Jahr und länger in der Übergangsphase leben und die sich selbst eine Lebensperspektive in nächster Zeit erarbeiten müssen. Und aus diesen verschiedenen Umständen resultiert auch die Motivation des Teilnehmerkreises, die Zumutung auf sich zu nehmen, sich dem Prozess der Veranstaltung auszusetzen.

Die Teilnehmer selbst stammen zumeist aus verschiedenen Bundesländern. Ihr Weg hat sie in den Norden Deutschlands verschlagen und auf Grund meist zufälliger Umstände wollen sie sich örtlich hier niederlassen.

Unsere Partner sind unterschiedliche Organisationen der Projekte "Neue Arbeit". Das sind zumeist gemeinnützige Organisationen, die mit staatlicher Unterstützung für diese Personenkreise Arbeits- und Wohnmöglichkeiten entwickeln, außerdem kirchliche Hilfswerke und nicht zuletzt Beratungsorganisationen und "Ambulante Hilfen" für Wohnungslose. Ihr erstes und formales Ziel ist die Unterstützung bei der Beziehung von Wohnraum, der u. a. auch bereitgestellt wird, Hilfe bei der Eingewöhnung in Arbeitsprozesse und schließlich die selbstständige Gestaltung des weiteren Lebensprozesses ihrer Klientel. Dazu werden unterschiedliche Aktivitäten realisiert. Ohne die Unterstützung durch solche Partner vor Ort könnten Vorbehalte des angesprochenen Teilnehmerkreises gegen Institutionen wie Bildungsstätten und die damit verbundenen Schwellenbarrieren nicht überwunden werden.

Themen, Organisation und Durchführung

Die Themen der Veranstaltungen betreffen nicht nur Analysen der gesellschaftlichen Situation, sondern entsprechen auch persönlichen Bedürfnissen der Teilnehmergruppe. Hier eine kleine Auswahl:

- Wohnraum ist Lebensraum - Wohnungsnot ist Lebensnot
- Isolation aufbrechen - Kommunikation ermöglichen
- Erst die Arbeit, und dann ?
- Arbeitslos - mittellos - wohnungslos - ein Teufelskreis ohne Entrinnen?
- Mit der Armut leben? Erscheinungen, Ursachen und Umgehensweisen in sozialen Brennpunkten.

Der Ablauf eines Seminars integriert immer Erfahrungsaustausch, das Kennen lernen verschiedener Projekte und die Entwicklung individueller Perspektiven. So sind auch Gespräche mit Arbeitsvermittlern Bestandteil des Programms, mit Vertretern aus Industrie und Handwerk, mit Sozial- und Schuldnerberatern, und die Aktivierung verschütteten persönlichen Potentials gehört ebenso dazu. Gefragt wird auch nach Ursachen, gesellschaftlichen Hintergründen oder Hemmnissen in der weiteren eigenen Entwicklung.

Auch die Finanzierung dokumentiert eine Beteiligung verschiedener Interessen an den Veranstaltungen. Sie setzt sich zusammen aus Eigenmitteln des Bildungsträgers, aus kleineren Zuschüssen der Einrichtungen für Wohnungslose z. B. zu den Exkursionskosten, aus Mitteln der *Bundeszentrale für Politische Bildung* und aus einem angemessenen Eigenbeitrag der Teilnehmenden, die aus den Arbeitsprojekten Bezüge erhalten.

Ein Beispiel

Das Beispiel der Veranstaltung des Jahres 2002 soll vor Augen führen, in welcher Weise eine solche Tagung ablaufen kann. Sie wurde zum Thema "Praktikum - Beschäftigung - Arbeit: Ein Mittel gegen die Isolation" angeboten und führte 22 Personen der angesprochenen Zielgruppe zusammen. Zentrales Ziel war es, die Grundlagen für einen geordneten Neuanfang des Personenkreises zu eruieren und dazu die sozialen, gesetzlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen zu erkunden. Zugleich sollte der Blick über die Grenze in das Nachbarland Niederlande die europäische Dimension der Thematik verdeutlichen und Ideen und Perspektiven für künftige Entwicklungen liefern.

Der obligatorische Erfahrungsaustausch stand zu Beginn. Dabei ging es nicht nur um die vergangene und augenblickliche Lebenssituation der Teilnehmer, sondern auch um die Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen in den Arbeitsprojekten. Diese sind in der Regel auf Recyclingaktivitäten wie das Aufarbeiten und Verwerten gebrauchter Möbel, von Wäsche oder Haushaltsgeräten gerichtet.

Deutlich wurden die unterschiedlichen individuellen Schicksale bei vergleichbaren Situationsentwicklungen, unterschiedliche Handlungsstrategien zur Bewältigung des Alltags bei vergleichbaren Hilfsangeboten, Funktionen von Beratungsstellen und unterstützenden Organisationen für den Einzelnen. Daraus ergab sich die Möglichkeit, die Rolle der sozialen Beschäftigungsprogramme im Gefüge des Sozialsystems in Deutschland zu diskutieren. Dabei wurde deutlich, dass der soziale Frieden ohne diesen sog. "Zweiten Arbeitsmarkt" nicht erhalten werden kann. Dennoch ist auch hier die bereitwillige Mitarbeit der betroffenen Personen notwendig. Die Feststellung, dass ohne Unterstützung der Beteiligten selbst keine langfristige Hilfe möglich ist, zog sich wie ein roter Faden durch die Veranstaltung und widerlegte die oft geäußerten Vermutungen, dass die äußeren Umstände eine Veränderung nicht zuließen. Es herrschte Übereinstimmung, dass das soziale System in Deutschland für alle Hilfebedürftigen Unterstützung bietet, wenn diese es denn wollen.

Der Konkretisierung dieser Aussagen unter dem Aspekt der Integration in den Arbeitsmarkt und damit der Aufhebung gesellschaftlicher Isolation dienten die weiteren Abschnitte des Seminars. Zum einen wurden die verschiedenen gesellschaftlichen Grundlagen für Hilfsprogramme dargestellt, zum anderen deren Realisierung in konkreten Projekten.

Im Exkursionsteil lernten die Teilnehmenden verschiedene Projekte im Ems-Dollart-Raum kennen, die grundlegende Voraussetzungen bieten zur Integration unterschiedlich Betroffener in Arbeitswelt und Gesellschaft. Der "Soziale Ökohof" in Papenburg bietet beispielsweise auch Wohnungslosen eine Beschäftigung im landwirtschaftlichen Bereich. Zugleich werden die erzeugten Produkte in eigener Regie vermarktet, so dass es unterschiedliche berufliche Einstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Die vom sozialen Betrieb der Kolpingwerkstatt in Papenburg durchgeführten Maßnahmen bieten anschließend eine weitere Möglichkeit der Qualifizierung. Damit kann ein Arbeitsloser, auch ein Langzeitarbeitsloser bei entsprechender Disziplin mit eigener Planung eine berufliche Ausbildung machen und so durch persönliche Initiative seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Andere Wege gehen die sozialen Projekte in den Niederlanden. Am Beispiel des Sozialen Betriebes "Wedeka" (eine niederländische Abkürzung für diese funktionale Zuschreibung) wurden die grundsätzlich anderen Konzeptionen des Umgangs mit Arbeitslosigkeit vorgestellt. Zwar hat jeder Arbeitslose Anspruch auf einen Arbeitsplatz. Doch die Sozialen Betriebe sind wie Industriebetriebe konzipiert und arbeiten Gewinn orientiert. Entsprechend werden die Arbeitnehmer eingesetzt. Schwächen lassen sich so nur sehr schwer kompensieren, der Druck auf die Betroffenen ist sehr hoch. Dennoch, das Ziel von Wedeka, den Abstand zwischen den auseinander driftenden sozialen Gruppierungen zu verringern, scheint nach den Darstellungen der Betriebsleitungen erreichbar zu sein. Gerade die sozial Schwächeren werden in besonderer Weise angesprochen und eingebunden.

Im Vergleich fanden die Teilnehmer der Veranstaltung die deutsche Situation für sich selbst besser, wohl wissend, dass in den Niederlanden mit entsprechenden Sanktionsregeln auf andere Weise integriert wird.

Im dritten Teil wurde mit Vertretern aus der Arbeitsverwaltung und der Industrie über die Integration des betroffenen Personenkreises in den ersten Arbeitsmarkt diskutiert. Auch hier wurde deutlich, dass jeder bei entsprechender Planung, eigener Disziplin und der Bereitschaft, sich auf die jeweiligen Erfordernisse einzulassen, durchaus eine gute Chance hat. Beide Vertreter zeigten sich sehr offen für die Probleme des Personenkreises, dem sie darlegten, wie sehr auch der erste Arbeitsmarkt an ihrer Integration interessiert ist. Ein kleiner Schritt sei dabei die Ableistung eines Praktikums über einen längeren Zeitraum zu für beide Seiten fairen Konditionen. Dort könne man sich kennen lernen, die Arbeit überprüfen und herausfinden, ob man zusammen passe.

Die zu diesem Zweck installierten staatlichen und privaten Hilfsprogramme unterstützen solche Vorhaben in existenzieller Weise. Skepsis gab es dennoch bei den beteiligten Teilnehmern. Sie reklamierten für sich, dass die Schwellen zum Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt viel zu hoch seien. Einig war man sich darin, dass der Integrationsprozess einer großen Sensibilität bedürfe, dass viel Verständnis und Toleranz notwendig sind und gesellschaftliche Anstrengungen erfolgen müssen. Am besten sollten vor Ort die Fragen in gemeinsamen Gesprächen aufgegriffen und geklärt werden. Dabei wurde die Möglichkeit, über ein solches Seminar das Gespräch zu initiieren, als äußerst positiv bewertet. Man lerne so den Standpunkt der jeweils anderen Seite kennen, könne sich auf diese Weise besser aufeinander einstellen und voneinander lernen.

Als einen Höhepunkt erlebten die Teilnehmenden, dass entscheidende Phasen des Programms durch den regionalen Rundfunksender "Radio Ostfriesland" begleitet wurden. In einer einstündigen Sendung konfrontierte dieses Medium seine Hörer und Hörerinnen mit der Problematik der Wohnungslosigkeit und ihren Ursachen und Folgen, informierte aber auch über Strategien im Umgang damit und wies auf die Erfolge hin, die die interviewten Teilnehmer des Seminars bereits vorweisen konnten.

In der Auswertung bewerteten die Teilnehmenden die Veranstaltung als sehr positiv. Sie habe nicht nur ihrem Personenkreis neue Aspekte eröffnet, sondern die Diskussion zwischen verschiedenen Bereichen der Gesellschaft ermöglicht und Offenheit auf unterschiedliche Weise erzeugt. Klar ist allen geworden, dass soziale Probleme nur mit Unterstützung des betroffenen Personenkreises zu lösen sind. Die eigene Isolation aufzuheben, ist damit zunächst eine Aufgabe der Zielgruppe selbst.

Ausblick

Es ist ein Ziel des Sozialstaates, "die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen und die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu sichern", wie es in der DVO zum § 72 des BSHG heißt. Die in diesem Dokument ebenfalls geforderte Autonomie der Person bedeutet hier auch, dass die Entscheidung über die Perspektiven und Entwicklungen des eigenen Lebensweges und seines Prozesses letztlich bei dem Individuum selbst liegt.

Veranstaltungen, wie sie bei uns stattfinden, können daher nur unterstützende, fördernde, begleitende, beratende und den Horizont erweiternde Funktion haben. Sie sind geeignet, Erfahrungen und Erlebnisse der Vergangenheit zu integrieren in die Auseinandersetzung mit den persönlichen Perspektiven, ohne sie von vornherein als negativ zu diffamieren. Gerade in einer Zeit, in der die Politische Bildung unter Druck und ins Fadenkreuz ungerechter Kritik geraten ist, muss sie sich auf ihre ursprünglichen Funktionen besinnen. In der Kooperation mit der Sozialarbeit liegt eine Chance, die darüber hinaus weist und das Ziel des selbstständig handelnden, für sich selbst und seine Umgebung verantwortlichen Bürgers vor Augen hat. Es ist eine faszinierende Vorstellung, dass unter dem Dach des AdB flächendeckende Angebote der Bildungsarbeit für Wohnungslose in allen Regionen der Republik über das Jahr verteilt realisiert werden könnten.

Heinz-Wilhelm Schnieders ist Studienleiter im Europahaus Aurich und dort zu erreichen unter der Anschrift Von-Jhering-Straße 35, 26603 Aurich, E-Mail: info@europahaus-aurich.de.